

Mode-Kultur

Modedesign: Mut haben, wieder regional zu produzieren

MARA MICHEL

In einem langen Gespräch mit Wolfgang Grupp, Inhaber der nachhaltigen Firma Trigema, durfte ich seinen Kernsatz erfahren: Ein Unternehmer muss Verantwortung übernehmen für alles, was er tut. Nicht das Mehr darf Ziel sein, sondern Tiefe in der Qualität. Auch in Corona-Zeiten ist er seinem Prinzip treu geblieben und hat seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weder entlassen noch in Kurzarbeit geschickt. Fazit: Also, geht doch? Leider offensichtlich nicht.

Zu viele Textilfirmen benutzen die Pandemie, um von ihren bereits vorhandenen Problemen abzulenken und trennen sich von Mitarbeitern, um nicht an Profit zu verlieren. Am meisten betroffen sind davon die Designabteilungen und die Freelance-Designerinnen und -Designer.

Sie sind mit ihrer Kreativität der Anfang der Liefer- und Wertschöpfungskette. Der kaufende Kunde selbst das Ende des langen und verknoteten Fadens.

Sterben uns die Designerinnen und Designer in Mode und Textil also weg? In Weiterführung gewohnterhaltungen und Wege der Industrie: Ja. Was ist zu tun?

Den Mut haben, wieder regional zu produzieren, kleine Mengen zu wagen: statt 10.000 der Stückzahlen, die am Ende dem Feuer anheimgegeben werden, weil sie niemand braucht; statt Rabattschlachten und Black Fridays, einen Dienstag in der Woche für nachhaltige Produkt-Qualität einführen, einen Dienstability-Day mit dem Mut zum echten Preis.

Sich abgewöhnen, mit dem Gehirn der Kunden denken zu wollen. Stattdessen dem neuen Kaufverhalten der Bevölkerung vertrauen. In Drittländern mit erzielten Euro-Überschüssen menschenwürdige Betriebe aufbauen mit der Unterstützung zu dauerhaft nachhaltiger Selbsthilfe. So wäre eine Marge da, mit der auch die Designabteilungen und Freelancer honoriert werden können für Mode-Kultur statt Bekleidung.

Und der Handel? Er möge sich dringend die Krämer-Mentalität abgewöhnen und statt der »Nur-Produkte« die Dienstleistung nach vorne bringen. Voll Freude und Elan die Digitalisierung anpacken, um mit den Kunden zusammen im Internet spazieren zu gehen.

Das Internet zum gemeinsamen Abenteuerurlaub werden lassen. Internetbestellungen nicht mehr mit Verpackungsmüll verschicken, sondern im örtlichen Einzelhandel abholen lassen. So geht Dienstleistung inklusive nachhaltigem Handeln. Auch die dadurch ansteigenden Verkäufe kommen den Designerinnen

und Designern zugute. Und bis dahin? Designerinnen und Designer goes LABEL, heißt, sie sind gezwungen, eigene Marken aufzubauen – und da kommt die Politik ins Spiel. Hier lohnt sich nachhaltige Förderung. Bedeutet: Bestandsfirmen fördern, die fünf Jahre lang die Produktionskosten der Designerware übernehmen für den NEUSTART KULTUR, einfache Wege zulassen in den Arbeitsagenturen für fünf Jahre Grundeinkommen über 1.500 Euro.

Verbände fördern, die das nötige Know-how vermitteln. Diesen kreativen – im Übrigen alle der Nachhaltigkeit verpflichteten – kleinen Labels wieder den Zugang zur Künstlersozialkasse ermöglichen, wie es noch vor acht Jahren 30 Jahre lang von Beginn an möglich war.

Für die dafür ausstehenden Gespräche mit Politikerinnen und Politikern habe ich viel gelernt aus dem neuen Buch »Die Stunde der Politik« von Günther Bachmann, der 20 Jahre lang Generalsekretär des Rats für nachhaltige Entwicklung war. Die Politikerinnen und Politiker hören zu und ich bin mir sicher, dass sie sich auch der Kraft bewusst werden, Innovationen sinnvoll zu steuern, und das nachhaltig.

Mara Michel ist Modedesignerin, Geschäftsführerin des VDMD, Netzwerk für Mode- und Textil-Designer sowie Vizepräsidentin des Deutschen Designtages

Schriftsteller gehen bei den Bundeshilfen oft leer aus

NEUSTART KULTUR unterstützt Verlage und Buchhandlungen direkt

LENA FALKENHAGEN

Im März 2020 verfasste ich einen Artikel für »Politik und Kultur«, um zu schildern, wie es den Schriftstellerinnen und Schriftstellern in Deutschland mit der Corona-Pandemie ging. Ich schrieb damals: »Ich fordere von der Politik eine zügige und unbürokratische Bereitstellung von Mitteln. Schriftstellerinnen und Schriftsteller, Übersetzerinnen und Übersetzer in Deutschland sind, wie so viele Selbständige auch, unverschuldet in eine tiefe Krise geraten.«

Die Perspektiven für die nächsten Jahre bleiben düster

Diesen Text könnte ich heute beinahe unverändert wiederverwenden. Zwölf Monate Pandemie liegen hinter uns, fünf Buchmessen wurden abgesagt, und noch immer verkennen die meisten Coronahilfspakete die Lebens- und Verdienstmöglichkeit der oft soloselbständigen professionellen Schriftstellerinnen und Schriftsteller. Ich schätze, dass der Anteil jener, die tatsächlich Hilfe erhalten, wegen der Einschränkungen und Bedingungen im einstelligen Prozentbereich liegt. Allein einige Hilfen der Bundesländer erreichten Hilfebedürftige.

Das Programm NEUSTART KULTUR der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien unterstützt glücklicherweise

die Verlage und Buchhandlungen direkt. Schriftstellerinnen sind in ihrer Förderung aber immer noch abhängig von Veranstaltungen Dritter. Das erste Förderprogramm wurde gut abgerufen, im Sommer fanden Lesungen statt; die zweite Auflage scheitert jedoch genau an der Möglichkeit, die Veranstaltungen im Lockdown tatsächlich durchzuführen. Die Mittel werden nicht mehr abgerufen. Der Verband deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller (VS in ver.di) organisiert daher die VS-Onlesung auf der Streamingplattform twitch von Anfang bis Ende vollständig digital – mit großem Erfolg.

Ich habe gerade für den »Spiegel« die Kalkulation aufgestellt, dass im Jahr 2020 deutschlandweit – konservativ kalkuliert – 20.000 bis 25.000 Lesungen ausgefallen sind. Wenn man für diese Lesungen das vom VS empfohlene Mindesthonorar von 300 Euro ansetzt, dann sind im letzten Jahr durch die Hygieneverordnungen rund um die Pandemie ca. sechs bis acht Millionen Euro ausgefallen, die den Autorinnen und Autoren niemand ersetzt. Ich schätze, dass der Ausfall sogar über zehn Millionen Euro liegt.

Bereits im Sommer 2020 haben über 50 Prozent der deutschen Verlage Titel verschoben, 36 Prozent der Verlage ganz abgesagt. Meist trifft es die Kaum- oder Unveröffentlichten. Mit jedem verschobenen oder abgesagten Buch wird aber auch eine Zahlungsrate an den Autor, die Autorin verschoben oder abgesagt.

Die Perspektiven für die nächsten Jahre bleiben düster, denn die Buch-

branche hat einen ordentlichen Dämpfer erfahren. Neueinsteigerinnen und Jungautoren haben es schwer, einen Verlag zu finden, da die Verlage auf sich gut verkaufende Profis setzen. Die gesunkenen Verkäufe 2020 – im Schnitt 2,3 Prozent – und 2021 bedeuten auch geringere Tantiemenzahlungen sowie geringere Vorschüsse für neue Bücher in den nächsten Jahren.

Der Verband deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller fordert von der Politik eine sinnvolle, unbürokratische und vor allem direkte Wirtschaftshilfe auch für soloselbständige Schriftstellerinnen und Schriftsteller, die als Unternehmerlohn angerechnet werden kann: entweder prozentual 80 Prozent vom durchschnittlichen Monatseinkommen 2019 – parallel zum Kurzarbeitergeld für Angestellte –, oder als schnellen und unkomplizierten Fixbetrag, z. B. wie in Baden-Württemberg die 1.180 Euro.

Zudem muss das Urhebervertragsrecht angepasst werden, damit Schriftstellerinnen und Schriftsteller ihre Rechte mithilfe ihrer Verbände besser durchsetzen können. Leider sieht der Entwurf der Bundesregierung zur Umsetzung der Urheberrechtsrichtlinie in deutsches Recht diese Verbesserung der Situation der Urheberinnen und Urheber nicht vor.

Lena Falkenhagen ist Schriftstellerin und Games-Autorin sowie Bundesvorsitzende des Verbandes deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller (VS in ver.di)

Professionelle Arbeit professionell vergüten

Die Situation in der Bildenden Kunst

DAGMAR SCHMIDT

Auch für Bildende Künstlerinnen und Künstler ist der lange Lockdown eine existenzielle Herausforderung: Die Aufträge bleiben aus, neue Projekte sind nur schwer zu akquirieren bzw. planbar, Nebenjobs, ob im künstlerischen oder nichtkünstlerischen Bereich, sind vielfach weggebrochen. Die Neustarthilfe für Soloselbständige geht zwar in die richtige Richtung, wie sie konkret ausgestaltet ist, ist bis zum Redaktionsschluss dieser Zeitung aber noch nicht bekannt. Die Bundeshilfen gehen vor allem deswegen zumeist an Kunstschaffenden vorbei, weil deren Einkommen allgemein so gering sind, dass sie als anteilige Referenzgröße kaum etwas bringen. Von Anfang an fehlte es bei den Bundeshilfen an einem Unternehmerlohn, einer berufsgerechten Einkommensausfallhilfe.

Aber vor allem vermissen wir das: Den künstlerischen Diskurs, der mit der analogen Präsentation und Rezeption von Werken verbunden ist. Wir hoffen, dass die Forderung nach einer schrittweisen Wiedereröffnung von Kunstorten Gehör findet. In Kunstvereinen, Galerien, Offspaces und Museen hat Abstand schon immer Tradition – zum Schutz der Exponate und aus Respekt vor dem Kunstgenuss anderer Kunstbetrachtenden. Strenge Hygienevorschriften sind problemlos umsetzbar. Und wir erwarten, dass der Wert der Kunst und die Arbeits- und Einkommensbedingungen freischaffender Künstlerinnen und Künstler nun dauerhaft ein größeres Gewicht in der öffentlichen Diskussion erfahren. Die Sicherung ihres Einkommens gehört für eine Kulturnation verbindlich zur Daseinsvorsorge.

Abgesehen von Nachbesserungen in den Corona-Hilfen erwarten wir, dass Lehren gezogen werden aus der Zeit des Corona-Brennnglases. Und die müssen

sich auch im nächsten Koalitionsvertrag widerspiegeln. Konkrete Maßnahmen zur Sicherung des künstlerischen Einkommens sind zu vereinbaren – die Zeit der ehrenamtlichen Arbeit für Ruhm und Ehre muss auch für Bildende Künstlerinnen und Künstler ein Ende finden, ihre Leistungen sind wie in anderen Kunstsparten grundsätzlich angemessen zu vergüten. Dies ist in allen Förderrichtlinien der öffentlichen Hand und letztlich auch im Urheberrechtsgesetz zu verankern. Ich verweise auf unsere aktualisierte »Leitlinie Ausstellungsvergütung«. Im Urheberrecht ist bei der Umsetzung der DSM-Richtlinie zu gewährleisten, dass Urheberinnen und Urheber selbstverständlich auch für die digitale Nutzung ihrer Werke angemessen vergütet werden. Die Förderung freien Kunstschaffens ist auszubauen, besonders geeignet sind hier Stipendien und Projektzuschüsse. Wir fordern einen deutlichen Aufwuchs des Budgets der Stiftung Kunstfonds. Es sind funktionierende Regelungen für den Zugang von Soloselbständigen zu den sozialen Sicherungssystemen zu treffen: Die Grundsicherung ist radikal zu reformieren, pandemiebedingte Erleichterungen beim Zugang sind zu verbessern und untaugliche Einschränkungen freiberuflicher Selbständiger abzubauen. Das Gesetz zur Einführung der Grundrente muss nachgebessert werden, damit mehr Künstlerinnen und Künstler etwas davon haben. Über ein Modell für eine Sicherung bei Einkommensausfällen ist zu diskutieren.

Und dann gibt es da noch die langfristige Perspektive, die Zukunft: Hier brauchen wir Rahmenbedingungen, die einen freien, einen von reinen Marktmechanismen befreiten kunst- und kulturwissenschaftlichen Diskurs zulassen. Dazu gehört auch eine spartenspezifische Strukturförderung. Es gibt viel zu tun. Packen wir es an.

Dagmar Schmidt ist Vorsitzende des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler



Shutdown in Berlin, 15. April 2020: Polizeibeamte im Einsatz